

Merseburger Correspondent.

Erscheint:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Samstag früh 7½ Uhr.
Erscheinungsort: Delgrube Nr. 5.
Telefonanschluß Nr. 8.

Redaktionelle Beilage:
Illustriertes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung.
1 Mark 20 Pf. durch den Postträger.
1 Mark 25 Pf. durch die Post.

Nr. 9.

Sonntag den 13. Januar.

1895.

Der Bauerrott des Staatssozialismus.

Von den Reden, welche bei der ersten Beratung der Umhurzvorlage gehalten worden sind, ist diejenige des Frh. v. Stumm von ganz besonderem Interesse. Nicht deshalb, weil der Redner zur Würdigung der Vorlage, welche den Reichstag beschäftigt, irgend bemerkenswertes Material gebracht hätte. Im Gegenteil, Herr v. Stumm hat keinen Zweifel darüber bestehen lassen, daß er in sachlicher Hinsicht diese Ergänzungen des Strafgesetzes zur Bekämpfung des Umhurzes als ungenügend erachtet. Wenn er gleichwohl bereit ist, demselben zuzustimmen, so geschieht dies lediglich, weil er erwartet, daß nach diesen ersten, seiner Ansicht nach wirkungslosen Schritten andere kommen müssen, die seiner Auffassung mehr entsprechen. Herr v. Stumm hält auch alle bisher ergriffenen Mittel, den Einfluß der Sozialdemokratie auf die Arbeiterbevölkerung zu brechen, für falsch. Er ist überzeugt, daß alle Zugeständnisse, welche der Staat den Arbeitern macht, um sie mit den bestehenden Verhältnissen auszuheilen, wirkungslos sind. Der Staat oder das Reich hat sich beziehentlich den Arbeitgebern schwere Lasten auferlegt, aber das Ziel, der sozialdemokratischen Strömung Einhalt zu thun, hat er nicht erreicht. Das ist ein Kapitel für sich, welches nach Herrn v. Stumm Herr Dr. Barth mit besonderer Schärfe und Klarheit erörterte. Die sozialdemokratische Bewegung hat ihren Ausgangspunkt in dem Glauben an die Allmacht des Staates. Deshalb müssen die gesammelten Arbeitsmittel in der Hand des Staates zusammengefaßt werden, damit dieser jedem einzelnen gewerblichen oder anderen Betrieb das zu geben im Stande, auf was er Anspruch zu machen berechtigt ist. Indem der bestehende Staat sich dieser Anforderung widersetzt, gleichwohl aber den Versuch macht, Staatssozialismus zu treiben, d. h. möglichst viel Machtmittel in seiner Hand zu vereinigen, und aus den Mitteln der Allgemeinheit den Hilfsbedürftigen — mögen das nun Arbeiter, Handwerker, Industrielle und Grundbesitzer, ja selbst Großgrundbesitzer sein — Unterstützung zu gewähren, fördert er die utopistische Idee, daß der Staat allen helfen könne. In je weiteren Kreisen aber die Idee um sich greift, um so größer wird für diejenigen, deren Hoffnungen auf Staatshilfe gestützt worden sind, die Versuchung, das Heil in der grundsätzlichen Umgestaltung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse zu suchen, mit andern Worten, sich der Sozialdemokratie anzuschließen, die Allen Alles — verspricht. Hier ist der Punkt, wo sich die Auffassungen des Herrn v. Stumm und seiner Freunde auf der einen, diejenigen der Liberalen auf der anderen Seite scheiden. Die Liberalen halten eine Besserung der bestehenden Zustände und die innerliche Ueberwindung der Sozialdemokratie nur auf dem Wege für möglich, daß der Staat zu dem alten Grundgedanken des „Gleichen Rechts für Alle“ zurückkehrt und durch Wiederbelebung des Gedankens der Selbsthilfe den sozialistischen Ideen den Boden abgräbt. Anders Frh. v. Stumm. Er ist nicht geneigt, auf die Staatsintervention zu Gunsten der notleidenden Agrarier und unzufriedenen Großindustriellen zu verzichten. Er müßte den Agrariern keinen Verdacht auf die Getreidezölle, die den Arbeitern die Ernährung erschweren, zu; er wünscht aber auch für seine Betriebe die Beibehaltung der Eisenzölle, die dem Landmann seinen Pflug und seine Sense und dem Handwerker die Axt, den Meißel und die übrigen Werkzeuge verweigern. Er steht auf dem Standpunkt des beatus possidens und wenn die Arbeiter, durch die sozialdemokratischen Utopien aufgereizt, sich nun auch ihrerseits zur Staatskrippe herandrängen, so wünscht er weiter nicht mit ihnen zu verhandeln, sondern — falls ein Anlaß zum Dreinhalten nicht vorliegt — ihnen die staatspolitischen Rechte zu entziehen, mit Hilfe deren

sie auf den Staat und die Staatsleistung Einfluß gewinnen können. Und so formuliert er die lex Stumm in aller Kürze dahin: die Sozialdemokraten und Anarchisten können weder selbst wählen noch gewählt werden. Die Agitatoren werden ausgewiesen. Darüber hinaus ist jeder Arbeitgeber es sich selbst und dem Staat und — der Monarchie schuldig, keinen sozialdemokratischen Arbeiter zu beschäftigen. Herr v. Stumm bildet sich wahrscheinlich ein, daß in seinem Betriebe keine sozialdemokratischen Arbeiter thätig sind. Nur der Richterhücker trägt ein Brandmal. Dem Arbeiter kann es Niemand ansehen, ob er Sozialdemokrat ist oder nicht und daran dürfte auch die Ausführung des Gesetzes Stumm scheitern, wenn einmal eine Reinkultur von politischen Fanatikern nach dem Vorbilde Stumms ein so wahnsinniges Gesetz erlassen könnte. Ohne Zweifel giebt es — wie übrigens schon die Rede des Abg. Grafen Limburg-Stürum beweist — auf der rechten Politiker genug, die die Ansichten des Herrn v. Stumm in der Hauptsache theilen, obgleich sie nicht den Muth haben, die lex Stumm zu unterschreiben; sie halten es vorläufig mit der Gewalt. Aber daran ist vorläufig nicht mehr zu zweifeln, daß die Konservativen, die sich seit 1880 als bevorzugte Träger der allein wahren Sozialpolitik gebehrt haben, heute vor dem Abgrund stehen. Was man im Reichstag erlebt, ist der vollständige Bankrott der gefeierten Sozialpolitik, die sich berufen sah, die Sozialdemokratie durch Ausschalten des „berechtigten Kerns“ ihrer Bestrebungen zu überwinden. Heute will man eine Partei, der man durch eine falsche Politik bei den letzten Wahlen zu einer Stimmenzahl von 1 786 000 verholpen hat, mit Gewaltmaßregeln vernichten. So sprechen Männer, die sich als die wahren Sittgen von Staat und Monarchie ausspielen.

Politische Uebersicht.

Österreich - Ungarn. Die ungarische Kabinettskrisis hat bereits zur dritten Combination geführt. Graf Khuen-Hedervary hat endgiltig die Kabinettsbildung abgelehnt, und darauf hatte der König Koloman Szell mit der Bildung des Kabinetts beauftragt. Dieser erbat sich jedoch vorläufig Bedenkzeit, und seine Entscheidung ist jedenfalls ablehnend ausgefallen, da im Lauf des Freitag aus Budapest gemeldet wurde, daß der König den Baron Banffy, den Präsidenten des Abgeordnetenhauses mit der Kabinettsbildung betraut habe. Kommt nun wirklich ein Kabinet Banffy zu Stande, so würde das einen schließlichen Erfolg der liberalen Partei bedeuten gegen die Versuche, dieselbe durch Aufwerfen des Fusionierungsgebdenkens zu sprengen. Anfangs hieß es, eine Kabinettsbildung durch Banffy wäre der Krone nicht angenehm, und dieselbe würde lieber zur Auflösung schreiten. Man scheint sich inzwischen überzeugt zu haben, daß der Erfolg einer Erneuerung der liberalen Partei als Regierungspartei verstanden. — Baron Banffy hat bereits Schritte gethan, um das neue Kabinet zu bilden. Baron Banffy selbst würde das Ministerium des Innern, der bisherige Handelsminister v. Lukas das Finanzministerium übernehmen. Der bisherige Landesvertheidigungs- und der Kultusminister würden ihr Portefeuille behalten; wegen der Posten des Handelsministers, des Justizministers und den Ministern a latere sind die Verhandlungen noch im Gange. Der bisherige Justizminister v. Szilagyi soll Präsident des Abgeordnetenhauses werden. — Die Landtage für Trien und Dalmatien wurden am Donnerstag unter Kundgebungen der Lokalität für den Kaiser eröffnet. Im Triester Landtage erklärte der Landeshauptmann, wenn auch die Beschlüsse des Landtages von einzelnen Ministern nicht günstig aufgenommen würden, würde der Landtag doch fortfahren, die Interessen der Stadt und der Provinz auf dem Wege des Fortschrittes zu verteidigen, die

Fahne der Nationalität und der Autonomie hochzuhalten.

Rußland. Mit den Russifizierungsberichten scheint doch weiter fortgefahren zu werden. Die „Pol. Ztg.“ meldet aus Kiga, die Regierung habe die Schließung des letzten deutschen Lehrerseminars auf der Insel Insel angeordnet, wenn dasselbe nicht russifiziert werde.

Frankreich. Das Ministerium hat am Donnerstag in der Deputirtenkammer ein Vertrauensvotum erlangt und damit eine Art Genehmigung für die dem Ministerpräsidenten nicht genehme Wiederwahl Driffons zum Kammerpräsidenten erhalten. Nach einer Ansprache Driffons, in welcher er die Deputirten zur Einigkeit beifügig Festigung des Ansehens von Frankreich aufzubereite, war von Millerand (Soz.) die Haftentlassung des Deputirten Gérault-Richard beantragt worden, der bekanntlich vor seiner Wahl zum Deputirten wegen Beladigung des Präsidenten von Frankreich zu Gefängnisstrafe verurtheilt wurde, und während er diese verbüßte, ein Deputirtenmandat erhielt. Ministerpräsident Dupuy sprach sich gegen die Haftentlassung aus als Verletzung der Gleichheit vor dem Gesetz und stellte die Vertrauensfrage, worauf der Antrag Millerands mit 309 gegen 218 Stimmen abgelehnt wurde. Weiterhin brachte Habert einen Antrag auf Amnestie für alle politischen Vergehen ein, der von dem Ministerpräsidenten Dupuy bekämpft wurde. Die von Habert beantragte Dringlichkeit wurde mit 345 gegen 167 Stimmen abgelehnt. Der Deputirte v. Hugus (Rechte) interpellirte die Regierung wegen der Wahlfälschungen in Toulouse. Justizminister Guérin erwiderte, es sei eine gründliche Untersuchung eröffnet worden; wenn Schuldige vorhanden wären, würden dieselben bestraft werden. Es wurde die von dem Minister beantragte einfache Tagesordnung mit 336 gegen 164 Stimmen genehmigt. — Im Senat wurde Challemel-Lacour mit 169 von 179 Stimmen wieder zum Präsidenten gewählt. — Die über die Entlassung eines französischen Polizeigenten durch Londoner Anarchisten verbreiteten Meldungen werden nach wie vor in Londoner amtlichen Kreisen angezweifelt und als Uebersage eines Londoner Zeitungsbereichs bezeichnet, der bereits vor acht Tagen veröffentlicht werden war. — Nach einer Meldung aus Kamatabe haben die französischen Kreuzer und die Landbatterien am 23. v. M. die Kamatabe umgebenden Forts bombardirt und beträchtlichen Schaden angerichtet. Die Geschütze der Novas erwiderten das Feuer, verursachten indessen keinen Schaden und wurden alsbald zum Schweigen gebracht. Der Kreuzer „Primaugel“ ist am 29. Dez. abgegangen, um Majunga zu besetzen.

Belgien. Der Abtretung des Kongo-Staates an Belgien sollen nach einer offiziellen Erklärung der belgischen Regierung alle Unterzeichneten der Berliner Kongoakten grundtätig zugestimmt haben. Auch die französische Regierung soll der Abtretung nicht feindlich sein, soll jedoch einen besonderen Vertrag verlangen, um die Wahrung des französischen Vorranges an die afrikanischen Besitzungen für die Zukunft zu sichern.

Bulgarien. Fürst Ferdinand von Bulgarien hat am Donnerstag den alten Beschützer Bantow auf das Gnädigste empfangen. Bantow behauptete, er sei niemals antihyrtisch geklungen gewesen und äußerte seine besondere Ergebenheit gegen die nationale Dynastie. Fürst Ferdinand hieß ihn darauf besonders willkommen.

Türkei. In der armenischen Frage hat die Pforte sich zu einer förmlichen Protestation an die englische Regierung aufgekräftigt wegen Neußerungen Gladstones zu einer armenischen Deputation; sie will bestimmte Erklärungen von Gladstone verlangen. Man wird in London wohl nur ein Lächeln für diese Rhetorik haben.

Sudan. Im Sudan beginnt die Lage für

die Italiener bedenklich zu werden, und die römischen Blätter äußern bereits lebhaftes Besorgnis. Unwiderprochen ist gemeldet worden, daß die Mahdissen in einer Stärke von über 22 000 Mann am Arbara in der Nähe von Kassala stehen, während die Kruppenzahl des Generals Baratieri sich nur auf 8000 Mann beläuft. „Don Gisciotto“ erfährt aus Neapel, daß eifrige Vorbereitungen zur Abwendung weiterer Kruppen nach Massana getroffen werden.

Asiatischer Kriegsschauplatz. Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz kommt abermals eine japanische Siegesmeldung. Eine amtliche Depesche theilt mit, daß die japanische Division unter General Nodzu am Donnerstage Kaiping nach vierstündigem Kampfe genommen hat; die Chinesen flohen in die Richtung auf Hai-chai-sai und wurden von den Japanern verfolgt. Die Verluste auf beiden Seiten sind noch unbekannt. Die Depesche fügt hinzu, die erste japanische Armee wurde gut von der Bevölkerung aufgenommen, welche unter der Oberhoheit Japans zu bleiben wünscht. Genauere Meldungen belagen: Bei Tagesanbruch wurde angegriffen. Tiefere Schnee hinderte die Operationen, namentlich die Bewegungen der Geschütze. Die Chinesen verfügten über zwölf Geschütze, zwei Neivolkanonen und 3000 Mann. Das Geschützfeuer dauerte vier Stunden, bis die japanische Infanterie die chinesische Flanke fürmte. Die Chinesen zogen sich zurück; geriethen jedoch bald in Unordnung und wurden schließlich in völliger Auflösung, durch die Japaner hartnäckig verfolgt, in der Richtung nach Hai-Sat-Sai. Eine japanische Abtheilung besetzte Hai-Tscheng.

Deutschland.

Berlin, 12. Jan. Der Kaiser begab sich gestern zur Abhaltung einer Freiabtag auf Hofen nach Bndow und nahm abends an dem zu Ehren des bisherigen russischen Votischafers am Berliner Hofe, Generals Grafen Paul Schmalow, von dem Offiziercorps des Kaiser Alexander-Garde-Granadier-Regiments veranfaßten Abschiedessen theil. Während des Diners erhob sich zunächst der Kaiser und brachte einen Toast auf die Gesundheit des Regimentschefs, des Czaren Nikolaus II., aus. In das dreimalige Hurrah fiel die Musik mit der russischen Nationalhymne ein, welche stehend gehört wurde; darauf toastete der Votischafter Graf Schmalow auf Se. Majestät den Kaiser Wilhelm. Der Toast war von der preußischen Nationalhymne begleitet, die ebenfalls stehend angehört wurde. Nach einer Pause stand der Kaiser zum zweiten Male auf zu einer längeren Ansprache an den Grafen Schmalow, welche er im Namen des Obersten v. Sautin und des gesammten Offiziercorps des Regiments Alexander an denselben richtete. Der Kaiser hob besonders hervor, daß er und das Offiziercorps den Votischafter als Regimentskameraden betrachteten und daß es für sie alle schmerzlich sei, ihn aus ihrer Mitte scheiden zu sehen. Unter Ueberreichung eines Fahnenträgers in Bronze in der Uniform des Regiments forderte der Kaiser die Anwesenden auf, mit ihm die Gläser zu erheben und dieselben auf das Wohl des Siegers von Wladiwostok und des Erstürmers der äußerst festen Position von Rab Konak, des Grafen Schmalow, zu leeren. Tief bewegt dankte dieser und richtete an die Tafelrunde die Aufforderung, nochmals auf das Wohl des Kaisers Wilhelm mit ihm zu trinken, er thue dies jetzt im Namen seines Herrn und Kaisers, des Czaren Nikolaus.

— (Im Auftrage des Kaisers) ist gestern der Flügeladjutant Graf Moltke mit einem prachtvollen Blumenarrangement für den Fürsten Bismarck in Friedrichshagen eingetroffen. Der Besuch des Kaisers beim Fürsten wird wahrscheinlich Anfang März in Schönhausen stattfinden, der des Reichstanzlers Fürst Hohenlohe bis nach Eröffnung des preußischen Landtags verschoben werden.

— (Sämmtliche kaiserlichen Prinzen) haben in Major Freiherren v. Winter einen ersten Militärgouverneur erhalten.

— (Ueber den Herrenabend beim Kaiser) entnehmen wir dem Bericht der „Köln. Volksztg.“, daß bei dem Vortrage des Kaisers über die Marine in dem betreffenden Saal an den Wänden eine große Anzahl von dem Kaiser eigenhändig gezeichneten Gearten hing. Die Anzahl der Schiffe der einzelnen Staaten an den verschiedenen Küsten war durch Fähnchen gekennzeichnet. Der Kaiser stand die ganze Zeit wie ein lehrender Professor vor seinem Zuhörerpublikum und demonstrierte mit einer Keitpeitsche in der Hand an den Karten herum. Auch die Möglichkeit eines deutsch-russischen Krieges zog er in den Kreis seiner Betrachtungen. An den Vortrage soll sich auch nach derselben Correspondenz eine kurze Debatte geknüpft haben. Nach Tisch rauchte der Kaiser eine Zigarette, welche ihm, wie er sagte, eine Korvette soeben direkt von Sabana mitgebracht hatte. Den Ehrenplatz neben dem Kaiser

hatte der Vortragende der Centrumpartei Graf Humpel. Außerdem saßen an dem Kaiserlich nur noch Präsident v. Kuehnen, Miquel, Stumm und Febr. v. Manteuffel.

— (Justizminister Schönstedt) ist, wie die „Magd. Bzg.“ mittheilt, zum Mitgliede des Herrenhauses auf Lebenszeit und zugleich zum Kronsyndikus berufen worden. Diese Berufungen entsprechen der bisherigen Gepflogenheit.

— (Der Staatssecretär des Auswärtigen, Freiherr v. Marschall) ist bekanntlich als Vertreter der Handelsvertragspolitik den Agrariern sehr verhaßt geworden. Nach der „Köln. Volksztg.“ soll denselben auch Febr. v. Marschall geopfert werden in der Weise, daß Febr. v. Marschall als Staatssecretär verabschiedet und zum Votischafter in London ernannt wird.

— (Personalveränderungen.) Generaloberst v. Pape ist, wie jetzt amtlich publizirt wird, von seinen Stellungen als Oberbefehlshaber in den Marken und Gouverneur von Berlin entbunden worden. Zugleich wird die Ernennung des Generaloberst Febr. v. Los, bisher Kommandeur des VIII. Armeecorps, zu seinem Nachfolger veröffentlicht. — Die Verabschiedung des Generals v. Werder, bisher kommandirenden Generals des I. Armeecorps, wird jetzt amtlich bekannt gegeben.

— (Ueber die fehlende Inschrift an der Westseite des Reichstagsgebäudes) veröffentlicht der „Reichsanzeiger“ eine Mittheilung, aus der hervorgeht, daß in einer früheren Sitzung der Reichstagsbaucommission der Vorschlag, daß die Inschrift lauten solle: „Dem deutschen Volke“ keinen allgemeinen Anschlag gefunden hat, daß aber die Inschriftfrage demnach in einer neuen Sitzung der Baucommission auf der Tagesordnung erscheinen werde. Nachdem der Kaiser der Annahme, daß ihm die Inschrift: „Dem deutschen Volke“ nicht zuzuge, widersprochen hat, ist anzunehmen, daß die Baucommission auf den Vorschlag des Herrn Wallot zurückkommt.

— (Ein neues Vereinsgesetz für den preußischen Staat) soll der „Wolff. Bzg.“ zufolge dem preußischen Landtage, und zwar zuerst dem Herrenhaufe, in der kommenden Session vorgelegt werden. Das jetzige preußische Vereinsgesetz stammt bekanntlich aus der Zeit der Otkroyung und des Belagerungszustandes von 1849. Der neue Entwurf enthält offenbar so viel weitere Beschränkungen der Vereins- und Versammlungsfreiheit, daß bei einer Vorlage eines entsprechenden Reichsgesetzes von vornherein im Reichstag eine Mehrheit nicht zu erwarten ist. Deshalb wendet man sich an das Herrenhaus und die Kartellmehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses. Auf diese Weise werden demnach Umfurddebatten auch im preußischen Landtage stattfinden.

— (Die Vorarbeiten für die Reform der Militärstrafprozessordnung) werden, wie der Kriegsminister am Freitag in der Budgetcommission auf eine Anfrage des Abg. Schaebler erklärte, eifrig betrieben; der Suttgartener „Beobachter“ war also falsch berichtet.

— (Zur Tabaksteuervorlage.) Die am Donnerstag begonnene Beratung des Tabaksteuergesetzes in den Ausschüssen des Bundesrats wird, wie man annimmt, zu einer Erhöhung des Zolles auf ausländischen Tabak von 40 auf 45 Mark führen. Diese Abänderung der Vorlage (im Sinne Badens) wird eine theilweise Umarbeitung derselben nötig machen. Die Ablehnung der Vorlage im Reichstage ist um so zweifelloser.

— (Die erste Wirkung des Umsturzgesetzes.) Ob die Vorlage den Zweck, den Umsturzbestrebungen ein Ziel zu setzen, erreichen würde, selbst wenn der Reichstag auf jede Einschränkung verzichtete, ist zweifelhaft; gerade die Parteien, die geneigt sein würden, den Regierungsentwurf anzunehmen, machen kein Hehl daraus, daß nach ihrer Auffassung dieses Gesetz nur insofern eine praktische Wirkung haben würde, als es den Entschluß der gesetzgebenden Faktoren, die Entwicklung nicht weiter gehen zu lassen, verkörpert. Um so anerkenntenswerther ist die Offenheit, mit der der amtliche Vertreter der Vorlage, der Staatssecretär im Reichsjustizamt, Herr Niederding, sich über die nächsten Wirkungen des Gesetzes ausgesprochen hat. Herr Niederding hat, nach dem stenographischen Bericht seiner Rede vom 9. d., entgegen der Auffassung des Abg. Groeber versichert, „daß es den verbündeten Regierungen durchaus fern liegt, diese Vorlage zu benutzen, um ein Gesetz zu Stande zu bringen, mit dem allerhand Belästigungen und Tralassereien gegenüber der freien Meinungsäußerung gerechtfertigt werden könnten. Vollständig fern liegt es den verbündeten Regierungen, ein Gesetz mit solcher Tendenz zu schaffen; was sie wünschen, ist eine Einschränkung der Presse und Vereine in den engsten Grenzen, um die nach dem, was wir bisher gehört haben, doch zweifellos vorhandenen Wählereien und

Agitationen verderblichster Art zu hemmen. Die Freiheit der Bewegung in Presse und Vereinen wird dadurch nicht empfindlich berührt.“ Damit hat der Staatssecretär ohne Weiteres zugegeben, daß nach Erlass eines Gesetzes, wie des beantragten, auch die nicht revolutionären Parteien in der Freiheit der öffentlichen Meinungsäußerung in der Presse, in Vereinen und Versammlungen sich beschränken müssen, wenn sie nicht Gefahr laufen wollen, von dem Gesetz getroffen zu werden. Ob diese Beschränkung sich in den „engsten Grenzen“ halten, ob sie „nicht empfindlich“ sein würde, das hängt wesentlich von der Praxis der Staatsanwälte und der Gerichte ab. Wer das Vertrauen hat, daß diese bei der Anwendung gerade des neuen Gesetzes auf die bisherige Uebung, strafgesetzliche Bestimmungen so weit als möglich auszudehnen, verzichten werden, der mag für das Gesetz stimmen, wir haben dieses Vertrauen nicht.

— (Der Sieg des Antrags Kanig.) Während der ostpreussische landwirthschaftliche Centralverein in seiner Eingabe an den Reichstanzler über das, was der Landwirthschaft Noth thut, des Antrags Kanig mit keiner Silbe erwähnt und der Vortragende ausdrücklich erklärt hat, ein Heißerum für die Landwirthschaft gebe es nicht, während selbst in Versammlungen des Bundes der Landwirthe die lebhaftesten Bedenken gegen den Antrag erhoben worden, sabelt die „Kreuzztg.“ von dem baldigen Siege des Antrags Kanig, für den demnach nicht sogar die Industrie eintreten würde, weil sie mit jedem Tage mehr empfinde, was ihr die Landwirthschaft bisher gewesen ist. Vor der Hand begnügt sie sich, alle möglichen Präsumtionen zu sammeln und in ihrem Sinne auszulegen. Selbst die Lübecker Handelskammer wird als Nothgehilfe für die Verfaulung der Getreideeinfuhr vorgeführt, weil dieselbe in ihrem Bericht über 1894 konstatiert hat, daß das „Sinken der Verbrauchsfähigkeit der Landwirthe“ den Abfall der Industrie vermindert! Wirklich für den Antrag Kanig schreibt in dem „Wirt. Wochenblatt für Landwirthschaft“, herausgegeben von der fgl. Centralstelle für die Landwirthschaft einer, wie die „Kreuzztg.“ sagt, der anerkannt tüchtigsten dortigen Landwirthe. Es genügt, aus dem Artikel nur folgende Sätze hervorzuziehen: „Daß wir bei guten Preisen unter Anwendung aller uns zu Gebote stehenden Hülfsmittel im Stande wären, sämtliches Brodfrorn, das Deutschland bedarf, selbst zu produciren, darüber wird in Fachkreisen wohl kaum ein Zweifel bestehen (dazu würde eine Steigerung der Production um mehr als ein Drittel erforderlich sein!). Die vielen hundert Millionen, die jährlich für Getreide ins Ausland gehen, könnten zum Segen von Landwirthschaft, Kleingewerbe und Industrie im Inlande circuliren und wären ihm schließlich auch im Stande, das Behntel, das die Industrie von ihren Erzeugnissen ins Ausland schickt — dieses Behntel, dem zu lieb man uns preisgegeben hat — größtentheils selbst anzubringen.“ — Der Verfasser dieses Artikels mag ja ein tüchtiger Landwirth sein; aber von volkswirthschaftlichen Dingen versteht er offenbar nicht das Mindeste. Das hindert aber die Kreuzztg.“ nicht, solchen Unfuss als Beweis für die Vortrefflichkeit des Antrags Kanig einzufuhr zu wiederholen.

(Zur Fuchsmühlers Angelegenheit) berichten die „Münchener Neuest. Nachr.“, daß sich leider die Bauern in Fuchsmühl in ihrer Erregung über die bekannten Vorgänge zu neuen Ordnungsforderungen haben fortsetzen lassen. Im vorigen Monat hat in einer Versammlung in Fuchsmühl eine Schlägerei stattgefunden, bei welcher mehrere auf dem freiwillig v. Joller'schen Lehensgute beschäftigte Arbeiter schwere Verletzungen erlitten haben. Anlaß zu der Schlägerei soll der Umstand gegeben haben, daß die verlegten Arbeiter durch die Aufforderungen anderer Fuchsmühler sich nicht bestimmen ließen, die Arbeit auf dem Lehensgute einzustellen. Ferner wurde in der Nacht vom 1. auf 2. Januar eine aus zwei Mann bestehende Gendarmen-Patrouille, als sie durch den Ort Fuchsmühl kam, in der Nähe der Wirtner'schen Wirthschaft von mehreren Burtschen mit Beschimpfungen und Verhöhnungen empfangen und hierauf von einer Seite zunehmenden, theilweise auch aus weiblichen Personen bestehenden Menge, welche nachfolgte, unter wüstem Geschrei fortgesetzt verhöhnt, beschimpft und lebensgefährlich bedroht. Nur der Besonnenheit und Zurückhaltung der Gendarmenmannschaft sei es zu danken, daß es hierbei nicht zum Aufruhr gekommen ist. — Ueber die Fuchsmühler Angelegenheit selbst berichtet nachträglich die „Amberger Volksztg.“, der Ballfabrikparker Sturm habe am Tage vor der Katastrophe mit dem Bezirksamtmann wegen der Fuchsmühler Sache Rücksprache nehmen wollen. Der Bezirksamtmann habe sich aber auf dem Abweg umgedreht und den Geistlichen seines Wortes gewürdigt.

Hugo Becher,

Schmalestraße 29, a. d. Geisel,
empfeilt seine
**Musikinstrumenten- und
Saitenhandlung.**
Drehbänke mit einlegbaren Potenzen
von 6 Mark an.
Automaten aller Art.
Accordirbänke von 4 Mk. 50 Pf. an.
Unübertraffen:
Diehlische Patent-Triumphzither
mit 6 Pedalen. Preis 14 Mark.
Ohne Notenkenntnis in einer Stunde zu erlernen.
Alleinige Vertretung für Merseburg
und Umgebung.
Reparaturen und Reparaturen an
sämtlichen Instrumenten gut und billig
bei Obigem.



Von Dienstag an
steht ein Transport
**Ardenner
und dänischer
Pferde**
bei uns zum Ver-
kauf.

Gebr. Strehl.

Prima Luckenauer Brikets

werden vom Wagen frei ins Haus verfrachtet:
130 Stück — Mark 70 Pf.,
700 „ 3 „ 50 „
1300 „ 6 „ 30 „
2000 „ 9 „ 50 „
In meiner Behausung abgegebene Bestellungen lasse ich promptest ausführen.
Brikets der größeren Fabrik lasse ich wiegen und mit Waagschein
abliefern.

Luckenauer Presssteine

liefern ich bei vorzüglicher Beschaffenheit prompt und billigst.
Heinrich Schultze,
kleine Ritterstraße 17.

Technikum (Getriebe, Maschinen- & Elektrotechnik, (H. 322250).
Kilbbergsches Fachschul. f. Baugewerk & Bahntechnik etc.
Nachschullehre. Kathke, Herzog, Direktor.

Trotz abermaliger Erweiterung keine Preisverhöhung!



Illustrirte Frauen-Zeitung.

Ausgabe der „Modenwelt“ mit Unterhaltungsblatt.
Jährlich 24 Doppel-Nummern, von 1. Januar 1895 ab enthaltend je:
12 Seiten Unterhaltungsblatt: Romane, Novellen, Feuilletons, Redaktions-Post, Aus-
dem Letztet. Jährlich etwa 200 Kostümbilder und Text-Illustrationen;
4 Seiten Bildblatt: Portraits, Kunstgewerbliches, Aus der Frauenwelt, Mode und Hand-
arbeiten, Literarisches;
12 Seiten Modenblatt: Toiletten und Handarbeiten. Jährlich etwa 2000 Abbildungen
— Ferner jährlich:
12 Beilagen mit etwa 240 Schnittmustern — 24 farbige Modenbilder mit gegen 160
Figuren; — 8 Extra-Blätter: — 8 Musterblätter für künstlerische Handarbeiten.
Das Ganze in farbigen Umschlägen.
Alle Buchhandlungen und Postanstalten nehmen jederzeit Abonnements zum Viertel-
jahrs-Preis von Mk. 2.50 — fl. 1.50 S. W. an. — Außerdem erscheint eine Große
Ausgabe mit jährlich 60 farbigen Modenbildern zum Vierteljahrs-Preis von Mk.
4.25 — fl. 2.55 S. W. Probe-Heft gratis und franco in allen Buchhandlungen.
Normal-Schnittmuster, besonders angeordnet, zu 30 Pf. — 18 Kr. portofrei.
Bestell. Nr. 35. — Wien 1. Dverg. 3.
Gegründet 1874.

Circus A. Braun

im vollständig zum Circus eingerichteten und gut
geheizten Saale der
Kaiser Wilhelms-Halle.
Sonntag den 13. Januar:
2 große Gala-Vorstellungen.
Anfang nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr.
Montag den 14. Januar, abends 8 Uhr,
grosse Extra-Vorstellung
mit neuem Programm.
Preise der Plätze: I. Sperrplatz 1.50 Mk., I. Platz 1 Mk., II. Platz 60 Pf., Gallerie 40 Pf.,
Kinder unter 10 Jahren zahlen halbe Plattenpreise. Vorverkaufsbillets zu
ermäßigten Preisen: Sperrplatz 1.25 Mk., I. Platz 80 Pf., II. Platz 50 Pf.,
Gallerie 30 Pf. sind bei Herrn **Georg Schulze Jan.**, II. Ritterstraße, und
Herrn **G. Meyer**, Bahnhofstraße, zu haben. Militär, vom Wachtmeister abwärts,
zahlt an der Kasse Vorverkaufsbillets.
Vorsichtungsbeil. A. Braun.



Gesang-Verein „Iris“

hält Sonntag den 3. Februar einen
Maskenball



in den Räumen des Casino ab.
Alles Nähere durch spätere Annoncen. Der Vorstand.

Kirchlicher Verein der Altenburg.

Montag den 14. d. M., abends 8 Uhr,
in der Verberge zur Gedächtnis:
„Unser Glaube und die Wunder
der Bibel“.
Referent: Herr Pastor Schölmeyer.
Gäste willkommen. Der Vorstand.

Einige Knaben, welche die hiesige Bürger-
schule besuchen
gute Penfion.
Näheres **Gothardsstraße 37**, im Laden.

Der Herr Knoll u. mit geringen
Kosten Zielung haben will, verlange
per Postkarte die „Deutsche Salzen-Post“
in Göttingen a. N. (Stg. 4/1)

Drei tüchtige Schuhmacher-Gesellen,
gute Handwerker, finden sofort dauernde
Arbeit beim Schuhmacher **Wetter**, Saalstr. 3.

Heirath.

Ein fein gebild. Fräul. vom Lande, 21
Jahre alt, m. gut. Charakter u. höchst. Sinn,
mit einem sehr. Vermögen v. 60000 Mark,
hät. mehr. nicht auf dies. Wege die Bekanntschaft
eines jung. Herrn zu mach. beh. hat. Ver-
heirathung. Beantw. m. sehr. Stellung, welche
es rechtlich meinen, woll. ihre werthe Adresse
mit **K. J. A. 250** an die Annoncenexped.
von **Hud. Wofse, Apolda**, gest. niederlegen.
Strengste Discretion Ehrenbeilage.

Eine zuverlässige Frau zum Fräul.
Auftrag wird geschickl.
Wo? sagt die Exped. b. H.

Lehrling sucht

zu Othern
R. Mohlmann,
(44249) **Widenerstraße, Halle a. S.**

Lehrling.

Suche zu Othern einen Lehrling.
Oscar Trommler,
Bismarckstr.

Suche für meine Conditorei zu Othern
einen Lehrling.
Gust. Schönberger jun.

Lehrling

wird angenommen.
Gern. Gehmann, Schneidermeister,
Eitenbeutl 11.

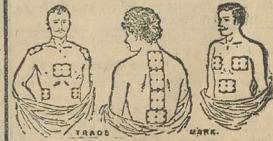
Eine zuverlässige, unabhängige Frau
oder beglückte älteres Mädchen wird
von einer einzelnen Dame für den größten
Theil des Tages gesucht. Das Nähere
Lauthäuser Straße 2, 11.

Gesucht wird ein junger
Herr von Bescheid weiß
Neumarkt 59.

Ein goldener Ring gefunden.

zu erfragen bei **Thomas, Unteraltendurg 61.**

WILLIAMS'



Poröses Pflaster.

Das beste, schnellste und sicherste aller äusser-
lichen Mittel gegen

**Rheumatismus, Gicht,
Rückenschmerzen,
Seitenstechen, Hüftenweh,
Brustschmerzen,
Husten, Hexenschuss,
Stauchungen,
Verrenkungen, Gelenk-
und Muskel-Entzündung,**

im allgemeinen als
Unübertrefflicher Schmerzstiller.
ANWENDUNG sehr reichlich und bequem und
nicht wie lästige Einreibungen, Oele, Salben etc.

Preis: Mark 1.—
Zu haben: **Dom-Apotheke Merse-
burg** und den meisten andern Apotheken.
ZUR BEACHTUNG. Oft wird versucht,
beim Einkauf von Williams' porösem Pflaster
andere Pflaster, die gänzlich werthlos sind,
dem Publikum aufzubringen, mit der Vor-
sicht, dass dieselben ebenso gut seien.
Man sei deshalb auf der Hut und weise alle
Pflaster zurück, welche nicht, wie die **echten**
Williams' poröse Pflaster, obige
Schutzmarke (3 Figuren) tragen.

Siehe eine Beilage.

Bruchbandagen,

doppelt und einfach, in allen Größen, **Eschen-
sen**, **Reichens**, **Gerachalter** empfiehlt
A. Prall, Burgstraße.
Reparaturen werden gut und schnell
ausgeführt.

Freitag den 18. Januar,
abends 7 Uhr,
Zweites

Künstler-Concert

im **N. Schloßgarten-Pavillon.**
Mitwirkende: Der **N. Kammerlänger**
Herr **Emil Goetze**, und der Cellist **Herr**
Hugo Debert.
Herr **Goetze** singt Arie und Provenzalisches
Stück von **Schumann**, **Walters** **Beethoven** und
Bretelied von **Wagner**, **Nieder** von **Schubert**,
Janen, **Sücher** und **Nies**.
Herr **Debert** spielt Sonate **Nr. 1** von
Brahms, **Concertstücke** von **Servais**, **Capriccio**
von **Sitt** und **Nipensagen**.
Eintrittspreise (nummerirt) à 3 Mk. in
der **Stollberg'schen Buchhandlung**.

Kirchlicher Verein St. Maximi.

Montag den 14. Januar, abends 8
Uhr, in der Reichstöne
Versammlung.
Moderne Angriffe auf die Bibel und ihre
Widerlegung. Ref.: **Pastor Werther**.
Gäste sind willkommen.
Der Vorstand.

Kranke- und Sterbefälle

„**Augusta**“ **G. S.**
Sonntag den 27. d. M.,
nachmittags 4 Uhr,
ordentliche Generalversammlung
in **Mehlers Restauration.**
Tages-Ordnung:
1) Rechenschaftsbericht.
2) Rechnungslegung.
3) Vorstandswahl.

Sonntag den 13. Januar 1895 „Gemüthlichkeit“ Reichskrone.

Gesellschafts-Club Heiterkeit.
Unter diesjähriges Stiftungsfest
findet Sonntag den 13. d. M., von abends
7 1/2 Uhr ab, in den Räumen der **Fanten-
burg** bestimmt statt.
Der Vorstand.

Gesangverein „Echo“

hält Sonntag den 13. Januar 1895, von
abends 7 1/2 Uhr an, in den Räumen des
Casino sein

32. Stiftungsfest,

bestehend in **Abendunterhaltung** und **Ball**,
ab. Unter Mitwirkung eines gut besetzten
Orchesters. Fremde und Bühnen, welche mit
der Karte überlangen sein können, werden hier-
durch noch besonders eingeladen.
Der Vorstand.

Weltpanorama.

Heute Sonntag: **Japan.**
Vochinteressante Serie, die taufenden Japanesen
in ihrem herrlichen Heim zu sehen.
Sodagütend **Edo Kreuzler**.

Feldschlößchen.

Sonntag den 18. d. M., von nachmittags
ab **10 bis 11 Uhr**, **Edo Kreuzler**
freundl. einladet **H. Richter**.

Schwendler's Restaurant.

Heute Sonntag
Pfannkuchenschmaus.

Zur Hygiene im Winter.

Wenn man bedenkt, wie lange Kerze und Volksschriftsteller haben kämpfen müssen, bis sie den beiden Hauptfaktoren einer gesunden Lebensführung, Bewegung und frischer Luft, ihr gutes Recht in der warmen Jahreszeit erzwingen haben, so kann man sich kaum wundern, daß im Winter Bequemlichkeit und Verästelung noch so häufig den Sieg über die Gebote der Hygiene davon tragen. Und doch sollte gerade die Erwägung, daß der Sommer schon an und für sich mehr zu rationaler Lebensführung und zum Aufenthalt im Freien lockt, den Anlaß geben, die Gelegenheit dazu im Winter durch besondere Bemühungen recht häufig herbeizuführen. Die Hygieniker, welche die Wichtigkeit dieses Voranges unabweislich nachgewiesen haben, vermochten lange Zeit kein richtiges Mittel anzugeben, wie der Hinführung des Winters abzuwehren sei, und die Lösung des Problems ist durch die Sportleute erfolgt, welche zur ausgiebigen Körperbewegung in der kalten kalten Winterluft durch reizvolle Sportübungen aufforderten. Es ist bekannt, welchen Aufschwung das wintersportliche Leben nahm, als vor einigen Jahren neben das Schlittschuh- u. Schlittschuhlaufen weite Strecken zurückzulegen, was immer einer der Hauptvorzüge des Wintersports bildet, ist bekanntlich nur in gewissen, besonders bevorzugten Gegenden unseres Vaterlandes möglich; die meist zwischen dumpfen Mauern angelegten Eisbahnen unserer Großstädte vermögen nur immer schwachen Ersatz dafür zu bieten. Der Schneeschuh dagegen führt den Menschen in die Wälder und auf die Berge, wo wirklich die reine Gottesluft weht. Seit kurzem nun ist mit der Einführung eines neuen Wintersports, des Rennwollfahrens, dem Schneeschuh und dem Schlittschuh ein Sportgerät zur Seite getreten, welches unübertrefflich als das universellste aller Wintersportgeräte bezeichnet werden kann. Denn der Rennwoll ist nicht nur auf der Eis- und der Schneefläche zu verwenden, er eignet sich auch für Personen aller Altersstufen, für jede Körperconstitution und für beide Geschlechter gleichmäßig und wird deshalb ebenso wohl von besorgten Eltern freudig begrüßt werden, welche ihre Kinder den nicht abzuleugnenden Gefahren des Schlittschuhlaufens nicht aussetzen wollen, wie von älteren Personen, die sich der Mühe, einen anderen winterlichen Sport zu erlernen, nicht unterziehen mögen, und auch endlich von der Damengruppe, welcher Vorurtheil und Mangel an geeigneten Sportgeräthen bisher berartige gesunde und reizvolle Übungen verschloßen haben. Dabei läßt sich andererseits das Rennwollfahren zu einer vornehmen Sportleistung steigern, was schon daraus hervorgeht, daß bei günstiger Bahn bis zu 20 Kilom. in der Stunde mit diesem Gerät zurückgelegt werden können. Wer sich näher über den Sport, über die Construction der Schlitten und die Art der Benutzung informieren will, der wende sich an die Redaction des „Tourist“, Berlin W., Koethenstr. 26, die unsern Lesern jede Auskunft gern kostenlos ertheilen wird. Die genannte Redaction, welcher die Einführung dieses neuen Sports, ebenso die des Schneeschuhlaufens in Deutschland zu danken ist, hat an den aus Schweden stammenden Schlitten eine Reihe wesentlicher Verbesserungen angebracht, als deren wichtigste die Zerlegbarkeit des Rennwolls zu bezeichnen ist. Infolge dieser in mehreren Staaten patentirten Erfindung ist es möglich, den Schlitten, der sonst wegen seiner zwei bis zweieinhalb Meter langen Axen ziemlich unhandlich ist, mühelos über die Straße zu transportieren, mit ins Eisenbahn-coupee zu nehmen, und es ist klar, daß der Rennwoll durch diese Vervollkommnung für deutsche Verhältnisse seinen eigentlichen Werth erhält. — Der Rennwoll dient in Schweden seit altersher praktischen Verkehrszwecken, er hat dabeist kürzlich in der Armeeverwendung gefunden und ist mit dem in Scandinavien seit einigen Jahren erfolgten Aufblühen des Wintersportlebens sportlichen Zwecken dienlich gemacht. In Stockholm und anderen Städten bestehen bereits mehrere Rennwollclubs. In Deutschland wird der Rennwoll namentlich in seiner neuen verbesserten Gestalt eine ähnliche Entwicklung nehmen. Dem Landwirth, dem Jäger und dem Forstmann bildet er ein höchst schätzbares Verkehrsmittel; bereits sind Anregungen gegeben, welche darauf abzielen, den Schlitten bei einzelnen Truppenteilen und beim Postdienst zur Einführung zu bringen — namentlich der Landpostdienst dürfte durch den Rennwoll eine namhafte Erleichterung erfahren können — und als Sportgerät steht wie gefagt dem Rennwoll die vielseitigste Verwendung bevor. Die winterliche Touristik wird mit dem Rennwollfahren einen ganz neuen Aufschwung nehmen, da dieser Sport das gesellige Moment un-

gemein begünstigt und die hygienischen Wirkungen bei seiner Bekämpfung von anderen Sportarten nicht leicht übertroffen werden können.

Deutschland.

(Das Reichsgericht) hat kürzlich ein freisprechendes Urtheil des Hamburger Landgerichts wegen unrichtiger Anwendung des § 130 des Strafgesetzbuchs — friebensförderliche Aufreizung zu Gewaltthätigkeiten — aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung zurückverwiesen. Die Entscheidungsgründe des Reichsgerichts sind sehr lehrreich. Es handelt sich um ein sozialistisches Flugblatt. Dasselbe schilderte die Folgen der Arbeitslosigkeit, verglich die Februar-Revolution, die Märztag und die Pariser Commune mit dem Erwohnen der Natur und schloß mit der Frage: Fürchtet man nicht einen 18. März des Proletariats? Drift man nicht daran, daß wie die Bourgeoisie einst für ihre Interessen mit den Waffen eintrat, einst auch das Proletariat seine Rechte verteidigen wird? u. s. w. — Das Landgericht sprach den Verbreiter des Flugblatts frei, weil „eine nabeliegende Gefährdung des öffentlichen Friedens“ durch dasselbe nicht herbeigeführt worden sei. In der Begründung des Spruchs des Reichsgerichts wird ausgeführt: „Offenbar ist der § 130 nicht ausgeschlossen erachtet worden, weil es sich um seine gegenwärtige Gefahr handelte. Das wäre aber zweifellos rechtswidrig; es genügt, wenn eine zu Gewaltthätigkeiten geneigte Stimmung hervorgerufen wird.“ In § 130 wird aber die öffentliche Aufreizung zu Gewaltthätigkeiten nur dann bestraft, wenn dieselbe „in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise“ erfolgt. Nach der Auffassung des Reichsgerichts würde jeder unter den § 130 fallen, der die Regierung zu gewissen, die Bedürfnisse des Volks berücksichtigenden Maßnahmen durch die Vorfellung bestimmen wollte, daß unter ähnlichen Verhältnissen, z. B. Ende des vorigen Jahrhunderts die Nichtberücksichtigung tiefgefühlten Bedürfnisse den Ausbruch der französischen Revolution herbeigeführt habe.

(Zur Beschleunigung von Strafsachen) sind, wie die amtliche „Berl. Correspondenz“ mittheilt, vom Ministerium des Innern durch Verfügung vom 29. December auch die Polizeibehörden auf die Nothwendigkeit hingewiesen worden, daß die bezeichneten Sachen, insbesondere die von den Staatsanwaltschaften und Strafgerichten an sie gerichteten Erträge, rasch erledigt werden müssen.

(Colonialpolitik.) Dem Major Leutwein sind nunmehr die Funktionen des Kommandeurs der Schutztruppe in Südwestafrika übertragen worden, während Major v. Franconi à la suite der Schutztruppe gestellt ist. — Den in den deutschen Schutzgebieten dienenden Unteroffizieren soll der „Kreuztg.“ zufolge der Civilberechtigungsschein verliehen werden. Der Ausschuß des Bundesraths hat sich bereits in diesem Sinne entschieden.

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 11. Januar.) Die erste Verathung der Luftkurvorlage im Reichstage konnte auch heute noch nicht beendet werden, weil es dem Minister v. Köller gefiel, das, was er sein Material zur Begründung der Vorlage nannte, dem Hause vorzutragen. Es war eine Sammlung von allerlei unrichtigen und falschen Behauptungen aus der Zeit des Socialismenlehres aus der Londoner „Freiheit“ u. s. m. Die Beweisführung des Ministers erhielt ein fatales Loch durch die Zwischenbemerkung, die Socialdemokraten seien inzwischen viel vorsichtiger geworden! Vorher hatte Abg. Wolzlegter (Pole) die Zulassung der polnischen Erwache in der Reichshand und die Aufhebung des 100 Millionengesetzes verlangt. Nach Köller gab der Abg. Liebermann der Bekämpfung Ausdruck, daß das Gesetz auch auf die antisemitische Agitation Anwendung finden könne. Der Wesse frh. v. Hohenberg hielt das Gesetz für überflüssig. Kröber (libd. Volksp.) beantragte Ablehnung ohne commissarische Verathung; man solle lieber den großen Unfug Paragraphen abschaffen. Mehrheit Abg. Sigl. Morgen Fort.

— Im nächsten preussischen Etat ist eine erhebliche Erhöhung des Dispositionsfonds des landwirthschaftlichen Ministers beantragt. Der Kaiser soll neuerdings Berichte über die Lage der Landwirtschaft und Vorschläge zur Verbesserung derselben eingefordert haben.

— Die Geschäftsordnungscommission wird nächsten Montag über die Frage der Erweiterung der Disziplinargewalt des Präsidenten berathen.

— Die Wahl des Abg. Casselmann (Eisenach) wurde am Freitag in der Commission für unanligig erklärt, weil derselbe nach endgültiger Feststellung nicht die absolute Mehrheit der Stimmen erhalten hat.

— Im Etat für das laufende Jahr ist die Stelle eines Kommandanten in Altona als „künftig wegfallend“ bezeichnet. Nicht bestimmter ist die Stelle neu besetzt worden. In der Freitagssitzung

der Budgetcommission erklärte selbst der konservative Abg. v. Waffow dieses Vorgehen als „mindestens erstaunlich“. Die Commission wird am Sonnabend über eine Resolution zur Wahrung ihres Budgetrechts berathen. Ueber den Antrag Richter, die Stellen der Kommandanten in Altona und Frankfurt a. M. als künftig wegfallend zu bezeichnen und die Bewilligung einer neuen Stelle für Hannover abzulehnen, wird am Sonnabend beschlossen. — Die von dem Abg. Linnens angelegte Erörterung der Kabinettsordre von 1894, welche den Regimentskommandanten abgiebt, bei der Ertheilung von Heirathconsensen vom Feldwebel abwärts nicht danach zu fragen, in welcher Kirche die Trauung stattfindet und ob der Bräutigam in Bezug auf die confessionelle Kindererziehung eine Verpflichtung eingegangen ist, wurde am Freitag fortgesetzt. Selbstverständlich ist das Centrum damit einverstanden, verlangt aber, daß die Kabinettsordre von 1893 aufgehoben werde, welche den Offizieren das Geben eines Versprechens über die Kindererziehung verbietet. Namens der Konservativen trat Abg. v. Frege diesem Verlangen entgegen und gab eine Erklärung ab, in der es heißt: „Wir Evangelischen sehen in der Haltung der katholischen Kirche bei den Mitgehenden eine unparteiische Befandlung. Diese schädigt die evangelische Kirche unbedingt, da es sich in dem vorliegenden Falle nur darum handeln kann, daß Söhne protestantischer Väter und somit protestantische Familien der katholischen Kirche zugeführt werden.“ Dr. Ebnecerus schloß sich Namens der Nationalliberalen dieser Erklärung an.

— Von Verathungsmaterialien liegen dem Reichstag nach einer im Bureau gefertigten Uebersicht vor nicht weniger als 48 Initiativanträge der Parteien, 1 Interpellation, 18 Regierungsvorlagen, der Antrag auf Revision der Geschäftsordnung und 9 Regierungsvorlagen zur Kenntnissnahme.

— Unter der Regierung des gegenwärtigen Kaisers Wilhelm II. sind, wie wir ergänzend zu dem Vortrag des Kaisers in dem Neuen Palais vor den Abgeordneten bemerken, die ordentlichen Ausgaben der Marineverwaltung gestiegen von 36 856 800 Mk. im Etatsjahr 1888/89 auf 50 696 100 Mk. im Etatsjahr 1894/95. Im neuen Reichshaushaltsetat für 1895/96 sind an fortdauernden Ausgaben der Marineverwaltung sogar 55 994 656 Mk. angelegt. Der Etat ist somit in der Zeit von 7 Jahren schon von 36 856 800 Mk. auf 55 994 656 Mk. oder um mehr als 19 Millionen, das ist um mehr als 50 Prozent gewachsen. Der Etat der einmaligen Ausgaben für die Marine ist von rund 14 192 000 Mk. im Jahre 1890 auf 33 701 956 Mk. im Etatsjahr 1894/95. Im neuen Reichshaushaltsetat sind für einmalige Ausgaben der Marine, ganz abgesehen von den für das nächste Etatsjahr in Aussicht genommenen Summen, schon bis zum 1. April dieses Jahres über 200 Millionen Mk. und zwar wesentlich für Schiffsbauarbeiten, vermandt worden.

Volkswirthschaftliches.

*) Auf der Tagesordnung des vermittellich Mitte Februar stattfindenden deutschen Handelstags steht auch der Antrag wegen Kündigung des Handelsvertrags mit Argentinien. Referenten sind Geh. Commerzienrath Frenzel und Conf. Anneck, die beide die Ablehnung des Antrags befeuert dürften.

*) Der Verband der deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunker) hat im Jahre 1894 um rund 6000 Mitglieder zugenommen, so daß beim Beginn des neuen Jahres die Zahl der Mitglieder 67 000 betrug.

*) Auf das Ganze geht zur Abhilfe jeglichen Nothstandes eine beim Reichstage eingegangene Petition eines Herrn Bernstein in Augsburg. Derselbe empfiehlt für sämtliche inländische Erzeugnisse im ganzen Reich, die Preise von Reichswegen vierteljährlich festzustellen. Unter den gesetzlichen Nothständen darf nichts verkauft werden; je nach Qualität der Waare ist aber der Aufwärtspreis erlaubt.

*) Die Einführung einer allgemeinen Fleischbeschau zum Schutz der menschlichen Gesundheit gegen übertragbare Thierkrankheiten sowie gegen Schädigungen durch Genuss des Fleisches von kranken Thieren ist in Berichten, welche der preussische Kultusminister, der Landwirtschaftsminister und der Minister des Innern eingefordert haben, allgemein befeuert worden. Auf Grund dessen haben die Minister nunmehr der „Schlef. Ztg.“ zufolge einen neuen gemeinsamen Erlaß an die Oberpräsidenten gerichtet, denen sie darin anheimstellen, die Einführung der allgemeinen Fleischbeschau nach Bedürfnis und unter Berücksichtigung der



drlichen Verhältnisse sowie der Lebensgewohnheiten der Bevölkerung in die Wege zu leiten. Eine Vertiefung des Fleisches durch die Fleischbeschau soll, nach den in Süddeutschland gemachten Erfahrungen, nicht zu bezwecken sein. Gegen die Bestellung von gehörig vorgebildeten Laienfleischbeschauern, zu denen nur durchaus zuverlässige und gut beleumdete Männer zugelassen seien, erheben die Minister keine Bedenken. Es wird besonders hingewiesen auf die in der Provinz Hessen-Nassau seit 1892 eingeführte allgemeine Fleischbeschau, über welche Klagen bisher nicht bekannt geworden sind.

(Als Einführungsstermin der Bestimmung über die Sonntagsruhe für Industrie und Handwerk ist, wie auch die „Verf. N. N.“ bestimmt, versichert, der 1. April d. J. in Aussicht genommen. Allerdings steht es noch dahin, ob der Bundesrath sich mit diesem Termine einverstanden erklärt wird; aber es sönne als zuversichtlich angenommen werden, daß im Bundesrath keine Neigung für eine weitere Verzögerung der Inkraftsetzung der industriellen Sonntagsruhe bestehe. Uebrigens stehe die Entscheidung des Bundesraths unmittelbar bevor, demselben sei bereits der Entwurf einer kaiserlichen Verordnung zugegangen, die als Einführungsstermin den 1. April festsetzt.

Provinz und Umgegend.

Halle, 11. Jan. Schwurgericht. Der Bergmann Albert Kola, 30 Jahre alt, aus dem Pötschen gebürtig und dessen Ehefrau Christiane geb. Marjolek, ebenfalls daher, 25 Jahre alt, zuletzt in Ahlsdorf bei Giesleben wohnhaft, hatten sich wegen wissenschaftlichen Meinens in Verbindung mit strafbarem Eigenthum zu verantworten. Die Angeklagten hatten bei der Witwe Wohlfahrt in Ahlsdorf Waaren auf Borg entnommen, wofür sie 348 M. schuldeten und da beide den Offenbarungseid leisteten, die Schuld nicht abtrugen. Da erfuhr die Geschädigte, daß Kola in ihrer Heimath noch mehrere Morgen Feld besaßen und solche nach Leistung des Eides verkauft hatten; die Folge davon war Anzeige bei d. h. l. Staatsanwaltschaft und Erhebung der Anklage gegen Kola. Der Verteidiger plädirte für Nichtschuldig des wissenschaftlichen Meinens, höchstens könne nachlässiger Falschheid vorliegen. Die Geschworenen schlossen sich der letzteren Ansicht an. Der Gerichtshof verurtheilte beide Angeklagte zu 1 1/2 Jahren Gefängnis. — Der Landwirth Dskar Richter aus Delsch, gebürtig aus Brodau, 30 Jahre alt, wurde des Sittlichkeitsverbrechens in nicht öffentlicher Verhandlung für schuldig befunden und deshalb unter Anname mitlender Umstände zu 1 Jahr 2 Monaten Gefängnis verurtheilt. Er wurde sofort in Haft genommen, da Fluchtverdacht vorlag.

Weißenfels, 12. Jan. Auch in diesem Winter zeigt es sich wieder, daß die Arbeitsscheu vieler Individuen auch von der Furcht vor Noth und Mangel nicht zu überwinden ist. Ein hiesiger Brauer konnte zu seinen Eisarbeiten, obwohl er einen durchaus angemessenen Lohn bot, nur zwei Arbeiter finden. Der Schneefall würde vielen Arbeitern Gelegenheit zu Arbeit und Verdienste geben. Aber es melden sich sehr, sehr wenige. Wenn die bei der jetzt mitthen Temperatur wahrlich nicht zu anstrengende Arbeit zu schwer und der Lohn zu gering dünkt, der soll sich nicht über Mangel an Arbeitsgelegenheit beschweren.

Groß-Corbetha, 11. Jan. Hier hat die Schule geschlossen werden müssen wegen eines in der Familie des Lehrers vorgekommenen Diphtheritisfalles. Da aber derselbe eprekündlicherweise leicht zu verlaufen scheint, so werden die unfehlwilligen Ferien nicht allzulange dauern.

Kordhauen, 10. Jan. Die Finanzierung der Parkquerbahn Nordhauen-Wernigerode soll nach der „Nordh. Ztg.“ in Folge Verheltigung mehrerer großer Wänter gescheit sein.

Eisleben, 10. Jan. Ein hiesiger Gerichtsvollzieher zeigt an, daß er im Auftrage der Eisleber Discontogesellschaft zu einer Concursmasse gehörige 15 Stück Rure der Mansfelder Kupferhieser bauenden Gewerkschaft zu Eisleben verfeigern wird.

Duedlinburg, 11. Jan. Die diamantene Hochzeit feierte heute in Suderode das Ladenheimliche Ehepaar.

Seehausen (Kreis Wanzleben), 10. Jan. Ein Theil der städtischen Beamten und Lehrer hat am 1. Januar kein Gehalt bekommen, weil die Kammereasse ohne Baarmittel ist. Vor dem 1. Februar soll auf Zahlung nicht zu rechnen sein.

Cera, 11. Jan. Ein Hermelin ist in unseren Gegenden immerhin eine seltene Erscheinung. Tropfen wurde im Verlaufe zweier Jahre auf dem hiesigen städtischen Wasserwerke bereits ein zweites Exemplar gefangen. Seit einigen Tagen hatte der Maschinist dieser Anlage die unliebbare Entdeckung machen müssen, daß ihm Tauben von einem unbekannten Räuber zwar todgebissen wurden, aber liegen blieben.

Er stellte daher schließlich eine Falle auf und war auch so glücklich, den Uebelthäter in einem schon ausgewachsenen Exemplar obiger Thiergattung zu erwischen. Es befindet sich am Leben und man will den Versuch machen, es in der Gefangenhaft lebend zu erhalten. Sein Vorgänger mußte getödtet werden und befindet sich ausgetropft auf dem Wasserwerke.

Dresden, 10. Jan. Eine große Versammlung der Arbeitlosen, in welcher am Mittwoch der bekannte Agitator Dr. Gradnauer sprach, wurde aufgelöst, als der Redner in die Worte ausbrach: „Wehe der Regierung, wenn sie auf diesem Wege weitergeht; sie wird erleben, daß ihre heutige verlungerte Gesellschaftsordnung eines Tages in die Luft gesprengt wird.“ Bei der Auflösung entstand ein Heidenlärm, während dessen Gendarmen in den Saal drangen und ihn säuberten. Auch draußen war eine starke Polizeimacht aufgeboden, die die Gruppen zerstreute.

Die Höhe der Schneedecke im Flußgebiet der Elbe betrug, nach Mittheilungen des königlich preussischen Meteorologischen Instituts am 7. Januar morgens 7 Uhr: Dargau 13, Dessau (Mühle) 8, Rudolstadt (Saale) 17, Jena (Saale) 16, Almenau (Saale) —, Stablin (Saale) 21, Dingelstädt (Saale) 28, Erfurt (Saale) —, Sondershausen (Saale) 18, Nordhausen (Saale) 12, Halle (Saale) 14, Klostermansfeld (Saale) —, Verbnurg (Saale) 16, Duedlinburg (Saale) 29, Hargorode (Saale) —, Magdeburg 15, Neuhäusel (Havel) 26, Kottbus (Havel) 11, Dapne (Havel) —, Berlin (Havel) 14, Blankenau bei Berlin (Havel) —, Spandau (Havel) 14, Heinersdorf, Kr. Teltow (Havel) —, Potsdam (Havel) 14, Brandenburg (Havel) 14, Kyritz (Havel) 18, Gardelegen (Elbe) 18, Zege (Elbe) 17, Waren (Elbe) 21, Warnitz (Elbe) 19, Schwerin (Elbe) 6, Uelzen (Elbenau) 13, Völsing (Elbenau) 10, Neumünster (Stör) 5, Bremerörde (Die) 7 Cm.

Provinzialnachrichten.

Merseburg, den 13. Januar 1895.

Der einstimmige Beschluß des Landwirtschaftlichen Centralvereins für die Provinz Sachsen u. d. d. h. in Halle eine Landwirtschaftskammer für das Gebiet der Provinz errichtet werden soll, hat in Berliner leitenden Kreisen große Befriedigung hervorgerufen. Es sollen alle Vorbereitungen so schnell wie möglich getroffen werden, um möglichst bald das Insultreten der Kammer herbeizuführen. Da die vorherige Anhörung des Provinzial-Landtages vorgeschrieben ist, so wird derselbe zu einer außerordentlichen Sitzung auf den 29. Januar d. J. nach Merseburg einberufen werden.

Es ist ein Streit darüber entstanden, ob die Reinigung der Bürgersteige vom Schnee unter die Sonntagsruhe falle. Nach § 105 e der Gewerbeordnung bezieht sich die Sonntagsruhe in dessen nicht auf Arbeiten, welche in Rothfällen oder im öffentlichen Interesse unumgänglich vorgenommen werden müssen. Wo polizeilich die Reinigung der Bürgersteige vom Schnee angeordnet ist, muß diese Arbeit also unbestimmt um die Sonntagsruhe-Bestimmungen erfolgen.

Im Circus Braun in der Kaiserhalle finden heute, Sonntag, zwei große Gala-Vorstellungen statt. Die erste derselben beginnt nachmittags 4 Uhr, die zweite abends 8 Uhr.

Der mehrtägige Schneefall pausirt endlich seit gestern Nachmittag. Die Temperatur der Luft hält sich in der Nähe des Gefrierpunktes, das Barometer steht anhaltend tief und stellt eine Abkühlung der Witterung vorläufig nicht in Aussicht.

In den letzten Tagen wurden in zwei Geschäften unierer Nachbarstadt Halle zwei Einhundertmarktscheine angehalten, die beide bei näherer Betrachtung als ziemlich grobe Fälschungen erkannt sind, ohne daß es bisher gelungen wäre, diejenige Stelle zu ermitteln, von welcher die gefälschten Scheine in Verkehr gesetzt wurden. Dieselben tragen das Datum, Berlin, den 1. Mai 1891.

Im Vergleich mit echten Banknoten von demselben Datum scheint der Druck der falschen Scheine auf zinko-photographischem Wege hergestellt zu sein. Die Druckfarbe enthält vermuthlich Indigo und Gelatine und bricht bei dem Zusammenlegen der Scheine. Der Adler auf der Seite, auf welcher die allegorischen, Industrie und Landwirtschaft darstellenden Figuren eine Kartusche halten, erscheint vermischt. Dem weiblichen Kopfe in der Kartusche fehlt die feine Schattirung. Auf der anderen Seite fehlt über der Reichskrone die in hellroter hergestellte Zahl 100. Der Unterdruck, den Reichsadler darstellend, ist bei den echten Scheinen dunkler blau gehalten und scharfer hervortretend. Die Nummer und der Stempel auf den unechten Scheinen sind schmugigroth hergestellt, während die echten Scheine dafür hellrothen Druck zeigen. Das zu den unechten Scheinen verwendete Papier ist etwas härter als bei den echten und läßt sich spalten. Die blauen, aufsteigenden

Fasern lassen sich nicht wie bei den echten Scheinen abheben. Die Randborden auf beiden Seiten der Scheine sind nicht so scharf ausgeprägt wie bei den echten, sondern erscheinen zum größten Theil vermischt, ebenso der Untergrund auf beiden Seiten. Die zum Druck benutzte dunkelblaue Farbe läßt sich schon bei Anwendung von ein wenig Speichel zu den Händen hinauswischen und ist auffallend glänzend.

Zur Ausführung des Communalabgaben-Gesetzes hat die preussische Regierung verfügt, daß für kleine Gemeinden nicht thunlich ist, Klaviere, Harmoniums, Fahrräder, Wagen, Pferde und Automaten zu besteuern, da eine Sonderbesteuerung der wohlhabenden Klassen gegenüber der Declarationspflicht bei der progressiven Einkommensteuer ihre Berechtigung verloren habe, insofern ist nur in großen Gemeinden ausnahmsweise statthaft, außerdem sind a. U. diese Gegenstände vielfach kein Luxus. Aber auch eine Unterhebung zwischen Wagen und Pferden, die zum Gewerbe, und solchen, die zum Vergnügen dienen, würde schon im Hinblick auf die zahlreichen, vornehmlich aber bei Landwirthen und Gewerbetreibenden vorkommenden Fälle, in welchen das Fahrzeug sowohl dem Betriebe, als auch dem Vergnügen dient, erfahrungsmäßig zu unhaltbaren Zuständen führen. Zu den Luftfahrtheiten gehören die Klaviere und Fahrräder keinesfalls. Bei der Hundesteuer muß an der Freilassung der zur Bewachung oder zum Gewerbe unentbehrlichen Hunde festgehalten werden. Würde fremdes Bier versteuert, so ist das einheimische nicht freier zu lassen. Ferner sind Gemeindebeschlässe über die Verteilung des Steuerbezirks, dahingehend, von der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer den gleichen Prozentsatz zu erheben, und von der Einkommensteuer, wie es gesetzlich zulässig ist, gegenüber den Bestimmungen des § 54 C. U. G. zu unbestimmt.

Vom deutschen Thierfischverein wird folgendes bekannt gemacht, das von allgemeinem Interesse ist: Das Pferd hat unter der Herrschaft des Grostes mancherlei hittere Leiden zu ertragen. Vor allem ist es die Glätte des Pflasters, die ihm trotz scharfer Stollen die Arbeit zur Qual und nach Sturz das Aufstehen oft ganz zur Unmöglichkeit werden läßt. Ein paar Hände voll Sand oder Asche würden im letzteren Falle wirklich schnell und leicht helfen. Wo aber in der Gite das Streumittel herzunehmen, wenn es nicht zur Hand ist? Dieser Schwierigkeit hat man in anderen Ländern, so in England, merksam dadurch abgeholfen, daß jeder Wagenführer auf seinem Wagen einen Kasten oder ein Säckchen mit Asche oder scharfem Sand haben muß, laut Polizeivorchrift. Sollte dieses bequeme und sichere Mittel nicht auch bei uns Anlang und Eingang finden? Weiter sorge man dafür, daß die Stunbare, besonders falls das Thier im Freien gefittet wird, vor dem Einlegen ein paar Minuten mit einem Luche gerieben oder anderweitig erwärmt wird. Eisig kalt eingelegt, erzeugt sie nicht geringe Schmerzen.

Aus den Kreisen Merseburg und Querfurt.

Ueber das Vermögen des Gutsbesizers Wohlhemar Hüske zu Nieder-Clobau ist vom Amtsgericht zu Rauschdorf am 9. Jan. d. J. der Concurs eröffnet worden. Rechtsanwalt Bornkamm in Merseburg ist zum Concursverwalter ernannt. Forderungen sind bis zum 11. Februar d. J. anzumelden. Die erste Gläubigerversammlung findet am 5. Febr., vormittags 10 Uhr statt.

Nieder-Clobau, 8. Jan. Heute Morgen wurde der 25-jährige Dienstknecht Karl Schmidt, geb. zu Neuschau, im Dienst bei Herrn Herrn Hüske hier, todt in seinem Bett aufgefunden. Nach ärztlicher Untersuchung ist derselbe am Herzschlag verstorben.

Freyburg a/M., 11. Jan. Eine beherzte That vollbrachte heute der 13. Jahre alte Sohn des Steinbrechers Weiß-Gonstedt, indem er ein kleines Mädchen, dessen Kleider beim Spielen am Den in Brand gerathen waren, auf den Armen in den Schnee trug und so lange darin herumwälzte, bis die Flammen gelöscht waren.

Spielplan des Stadttheaters zu Halle a. S.

von Sonntag, 13. Jan. bis einschl. Samstag d. 19. Jan. 1895.
Sonntag: Nachmittags 3 1/2 Uhr: „Der Trompeter von Säckingen“. — Abend 7 1/2 Uhr: Gastspiel des Königl. Schauspieler Albert Mathison. „Die Räuber“. — Montag: „Der Wastenkall“. — Dienstag: „Hänsel und Gretel“, hierauf: „Johs und seine Brüder“. — Mittwoch: „Don Carlos“. — Donnerstag: „Der Wastenkall“. — Freitag: „Die Huguenoten“. — Sonnabend a. e. R.: „Tartuffe“, hierauf: „Die gelehrtten Frauen u. Salba“.

(Aus vergangener Zeit.) Am 14. Januar 1810, also vor 85 Jahren, wurde Hannover mit dem Königreich Westfalen vereinigt. Das war eine traurige Zeit in deutschen Landen. Ein französischer König mit französischer Regierung — selbst

Die behördlichen Schriftstücke mußten französisch abgefaßt sein — schaltete und waltete auf deutlichen Gebiete, wie in einer türkischen Provinz der Balcha; so verlehre sich die anfänglich erhoffte und versprochene Freiheit in das Gegenteil. Das Land wurde durch Steuern und Erfressungen aller Art ausgeplündert und die Beamtenwillkür war noch schlimmer, denn zuvor. Sollen wir nicht froh sein, daß solche Zeiten im neuen deutschen Reiche nimmer wiederkehren können?

Bitte um Hilfe!

Der Sturm und die Hochfluth, welche in der Schredensnacht vom 22./23. Dezember 1894 die Küsten und Inseln der Nordsee verheerend heimsuchten, haben über die in vieler Hinsicht der Entwicklung begriffene **Fischdampferflotte der Unterweser** das schwerste Unheil verhängt. Von den in Geestmünde und Bremerhaven beheimatheten 54 Fischdampfern sind nicht weniger als fünf, während sie in der Nähe des Hornsiffel dem Jange oblagen, ein Opfer der unerhört wüthenden See geworden. Ein sechster, auf der Fahrt von England nach Geestmünde begriffener Fischdampfer, dessen Wieberkehr noch in den jüngsten Tagen jagend erhofft wurde, bleibt und bleibt verschollen und muß heute ebenfalls als unwiederbringlich verloren gelten. Der Untergang dieser sechs Fahrzeuge, welche fast durchweg erst in den letzten Jahren erbaut sind, schädigt das Nationalvermögen um viele Hunderttausende. Indessen bedeutet diese Thatfache nichts gegen den Jammer und die Noth, welche über zahlreiche Familien sich hereingebrochen sind. Die ganze aus 61 waderen Seeleuten bestehende Besatzung hat ein Grab in den Wellen gefunden. Nahezu 40 Frauen beweinen den Gatten, weit über 100 Waisen den Vater, der zahlreichen Fälle nicht zu gedenken, in denen erkrankte Eltern den Sohn und Enkel, hilflosbedürftige Geschwister den Bruder verloren haben. Nur wer in den Tagen bangen Zweifels, denen die trostlose Gewißheit nunmehr gefolgt ist, die Schar der Frauen und Kinder, angstvoll und stark den Blick in die Ferne gerichtet, am Ufer des Stromes stehen hat, vermag ahnend den Umfang und die Tiefe des Uebels zu erfassen, das die Gewalt der entfesselten Elemente angerichtet hat.

Den unangeborenen Klummer so vieler zu stillen, die das Uebel eingeleitet haben, geht über menschliche Kräfte. Wohl aber gilt es, dem Jammer seinen bitteren Stachel zu nehmen, in Verhütung offerfreundlicher Nächstenliebe Trost zu spenden. Die ausgiebige Hilfe, die dringend Noth keiner der Bemühten ist gegen Unfall geschützt, verdient, weil die staatliche Unfallversicherung beklagenswerther Weise bislang nicht auf die Hochseefischereibetriebe erstreckt ist. So sehen die Hinterbliebenen der bitteren Sorge um das tägliche Brot unmittelbar in's Auge. Angesichts dieses Jammers öffnet sich in der Unterwelt der freudig jede Hand. Die Größe des Unglücks aber übersteigt die Kraft ihrer Einwohner. Es bedarf großer Summen, des stehenden Eintretens weiterer Kräfte, wenn dem drohenden Mangel nachhaltig gewehrt, für die Erziehung der zahlreichen Kinder gewohnheitsmäßig getragen werden soll. Um dieser großen Aufgabe bei der erhofften Unterstützung warmerherziger Mitmenschen gerecht zu werden und für eine angemessene Verteilung der einlaufenden Gaben Sorge zu tragen, hat sich das unterzeichnete Comité gebildet. Dasselbe richtet an alle Menschenfreunde nah und fern die herzlichste Bitte, zur Milderung des bedrückenden Uebels zu ihrem Theile beizutragen. Jeder, auch der kleinste Beitrag ist willkommen. Das Comité wird über die einlaufenden Gaben und deren Verwendung öffentlich Rechnung ablegen. Spenden nehmen entgegen in **Geestmünde** die Kreiscommunalkasse und die Geestmünder Bank, in **Bremerhaven** die Bremerhavener Bank. Auch ist jeder der Unterzeichneten zur Entgegennahme von Beiträgen gern bereit.

Den 6. Januar 1895.

Das Comité.

Landrath Dyes in Geestmünde, Vorsitzender.
H. Bode, Akker; Bürgermeister Niehmann;
Sofienmeister v. Hilow; F. Busse, Akker;
F. W. Busch, Akker;
Geestmünde.

F. C. S. Wilsch, Schiffsmaler; Antonius D. Dommes;
H. Zopf, Akker; Stadthörner Dagenann;
Conrad G. Jäger, Akker; Peter Widmers;
Bremerhaven.

Bürgermeister Angsburg, Landrath Geiger;
Lehe.

Auch die Expedition d. Bl. ist gern bereit, Gaben für die Hinterbliebenen der Verunglückten in Empfang zu nehmen und an das Comité abzuführen.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 12. Jan. (S. L. W.) Gestern Abend fanden in Berlin und in dessen näherer Umgebung 16 sozialdemokratische Volksversammlungen statt, auf deren Tagesordnung die Umsturzvorlage stand. Als Referenten fungirten die hervorragendsten Führer der Partei. Die Versammlungen waren überfüllt, verliefen aber vollkommen ruhig, so daß die zahlreich aufgetriebene Polizei keine Gelegenheit zum Einschreiten fand. In allen Versammlungen wurden gleichlautende Resolutionen angenommen, in welchen die Umsturzvorlage als cultur- und volksfeindlich verworfen wird.

Berlin, 12. Jan. (S. L. W.) Dem Kommandeur des 1. Armee-corps, General v. Werder ist das Großkreuz des Rothten Adlerordens mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe verliehen worden.

Budapest, 12. Jan. (S. L. W.) Bis jetzt ist die Kabinettsbildung noch nicht erfolgt, doch hofft Banffy heute dem Kaiser die geordnete Ministerliste vorlegen zu können. Die Minister für Handel, Unterricht, Justiz, Finanzen und Inneres sollen gewählt werden. In parlamentarischen Kreisen betrachtet man das Ministerium Banffy nur als Uebergangsinstitut, welches vorläufig den Zweck hat, das Budget zu erledigen, die Durchführung der kirchenpolitischen Gesetze vorzubereiten und jenen Zeitraum auszufüllen, welcher die Gegenwart von der Zukunft trennt. Alle ernsten Politiker knüpfen daran die Hoffnung, daß diese Zeit dazu dienen werde, eine Vereinigung aller auf staatsrechtlicher Basis stehenden Parteien herbeizuführen.

Marseille, 12. Januar (S. L. W.) Morgen geht hier ein weiterer Transport von 300 Marinesoldaten, 2 Commandeuren und mehreren Offizieren nach Diego Suarez ab. Der Dampfer „Cambrod“, welcher von Toulon am 25. Dezember abgegangen ist, hatte auf der Fahrt nach Madagascar 900 Soldaten und außerdem eine Anzahl Pferde und Schlachtthiere an Bord.

Vermischtes.

* (Unwetter in Italien.) Ein furchbarer Sturm wüthete am 11. d. M. über die Küste Italiens und verurtheilte besonders viele Schiffsnfälle im Golf von Neapel. — In Porto d'Angio verlor ein merkwürdiges Ereigniß die Bevölkerung in furchtbaren Schreden. Als um 2 Uhr nachts eine viertelstündige Winde eintrat, zog sich das Meer in wenigen Minuten um 50 m zurück, so daß viele Fischerboote plötzlich auf dem Trocknen lagen. Die nach kurzer Zeit mit doppelter Gewalt zurückkehrenden Wogen zertrümmerten die Boote-Anker und überfluteten die halbe Stadt. Menschenleben sind nicht zu betlagen. Der materielle Schaden ist beträchtlich. Schwer leidet unter den Stürmen und Wellenbrüchen die vom Erdboden heimgeladene, größtentheils noch in Holzboaden bestehende Bevölkerung Kalabriens.

* (Ein starkes St. d.) Die vorzüglichsten Mäler beschäftigen sich mit einem von Sibban geschickten Dantier, welcher eine Schuldensatz von 3 Millionen Belotas hinterlassen hat, und behaupten, die Polizei habe dem Dantier gegenüber soviel Nachsicht walten lassen, daß er Gelegenheit habe, sein Vermögen flüchtig zu machen und damit zu verschwinden.

* (Der Schneefall in Oesterreich-Ungarn.) Die durch die Schneemassen herbeigeführte Verkehrsstörung in Wien ist jetzt beendet. Ein kleiner Theil der Südbahnstrecke Mödling-Wiener Neustadt ist noch immer für Eisenbahnzüge nicht passierbar. Aus allen Theilen der österreichischen Monarchie werden heftige Schneestürme meldet. Die durch Schneefälle verursachten Verkehrsstörungen auf den Linien der Ungarischen Südbahn sowie auf einigen anderen Strecken sind wieder beseitigt. Gingen ist der Verkehr auf den Strecken Tenna—Bipovar, Zeben—Stolofz und Bofo—Sindheimberg eingestellt. — In Agram wurde Prinzessin Beatrice von Bourbon, die Schwester der Kaiserin Maria, beim Besuche der Kirche durch eine vom Kirchenthore fallende Schneelampe am Kopfe getroffen und hätte ohnmächtig zu Boden; die Prinzessin erlitt jedoch keinerlei Verletzung und befindet sich wieder vollkommen wohl.

* (Zusammenbruch einer Eisenbahnbrücke.) Die Eisenbahnbrücke zwischen Duraz und Duraz bei dem Augenblicke, als ein Zug dieses Zuges vorüber, zusammen. Der Zug entgleiste. Drei Personen sind getödtet, viele verwundet. (Sämtliche öffentliche Viehhäuser), deren Zahl sich in letzter Zeit erheblich vermehrt hatte, wurden Donnerstags Abend in Brüssel vollständig geschlossen.

* (Auf einer Treibjagd) wurden bei Königs-Walde im Kreise Nordsee ein Treiber, ein Jagdmeister, fünf Hunde und ein Ferkel getödtet. Der Treiber trug einen eleganten Hut auf dem Rücken, als er in die Nähe eines laut rufen oder kurzschäftigen Schützen geriet, der auf den Hals, ohne der Treiber wahrzunehmen, einen Schuß abgab. Der Treiber wurde so unglücklich getroffen, daß er bald im Krankenbette starb. Der Getödtete war verheiratet und Vater mehrerer Kinder.

* (Wesentliches Ereigniß.) Die „Postoder Zeitung gibt folgende erhebliche Mitteilung: „Durch Verleumdung in den Domänenjustiz wurde zu Michaelis eine ritterthümliche Schulpflege erledigt. Als der bisherige Inhaber die Stelle antwortete, hatte er als Vorgänger einen von jenen Kadavoren der grauen Vorwelt, wie solche jetzt kaum noch zu finden sein dürften. Dieser alte Herr war seiner Aufgabe in Bezug auf Selbstbildung in der Welt nachgekommen, daß er den Kindern einen Kalender von Anfang bis zu Ende erklärte. War ein Kalender ein absonderlich und einige Male repetit, so ging er an einen Stapel von Rechnungen, welche numerisch durchgenommen wurden. Als daraufhin die Jugend zu sitzen begann und die Eltern schon ihrer Freude darüber Ausdruck gaben, wurde

der Lehrer vom Schulpatron angewiesen, die Kinder nicht so leichtig lächerlich zu machen, da er später Neid zum Dankschreiben haben müsse — und Abkündigung droht dem Zuhörerhandhaben.“

* (Ueber das Laminierungsgeld bei Feig), wo das Brennendörfer Ordu am Donnerstags von einer mit Unbeschreibliche rollenden Schneelampe begeben worden ist, wird jetzt aus Paris gemeldet: Vier Häuser wurden weggerissen, die anderen beschädigt, andere bröckelten ab, da die Feuer unter den Schutt verbrannte. Fünfzehn Personen wurden getödtet, acht verwundet, wovon eine tödtlich. Die Einwohner flohen, liehen alles in sich, selbst die Verfallenen, von denen nur noch einer gerettet wurde. Der Warrer allein blieb am Ort, weil sich ihr erst am folgenden Tag (Freitag, 4. Januar) Am Morgen nach so hoch, daß alle arbeitsfähigen Männer aus Ordu und Orgeit am Freitag umfahren mußten, nachdem sie acht Stunden gebraucht hatten, um 800 Meter im Schnee vorwärts zu kommen, um eine Bahn herzustellen. Am Sonntag arbeiteten sie aus Leibeskräften weiter und kamen um 2 Uhr in Ordu an. Die Gendarmen, Förster, Beamten und viele Einwohner machten sich sofort auf den Weg, um die Einwohner der beiden Dörfer abzuholen und unterzubringen. Das Krankenhaus und viele Häuser wurden zu ihrer Aufnahme hergerichtet. Jeden Augenblick kamen nun Leute aus Ordu, Orgeit, Sogant, Alcon und Jagan in Ordu an, wo nun die Lebensmittel zu sehen begannen. Erst Wasser war nicht zu haben und mußte durch Schnee erzieht werden. In der Stadt Ordu selbst liegt der Schnee drei Meter hoch, viele Häuser sind erbrücht, andere werden gestürzt. In den engeren Straßen sind Tunnels unter dem Schnee hergestellt. Das Wasser der warmen Quellen der Stadt wird durch die Straßen geleitet, um sie etwas aufzuwärmen. Handbettel stellen sich massenhaft ein. Die Ordu verreiben die Wölfe die Wälder der verunglückten Menschen und Thiere. Die Schafherden an den Bergen sind mit Schäfchen und Schafen verschwunden, vom Schnee fortgerissen worden. Erst nach fast zweitägigen Anstrengungen sind die Verbindungen zwischen Ordu und Feig wieder hergestellt. Mehrere große Schneepflüge konnten nur mit viel Mühe und großer in Hätigkeit geieit werden. Am Feig hat der Schnee fast sofort Anhalten getroffen, um Lebensmittel und sonstige Hilfe nach Ordu zu bringen. Am Weg nach Ordu wurden zwei Wägen, welche Hilfe bringen wollten, vier Stunden lang durch eine neue, kleine Lamine aufgehalten.

* (Eines Giftmordversuchs) wird der Hausdiener Schneider in Berlin beschuldigt. Der Gattin S. in der Verhaftung wurde am Dienstag nachmittags beim Kaffeetrinken von seinem Dienstmädchen abgerufen. Als er zurückkehrte, brachte er die Kaffeelampe, aus der er ohne Unbehagen 3 Tassen getrunken hatte, seiner trunken Frau an das Bett und füllte auch ihr eine Tasse mit Kaffee. Als Frau S. den ersten Schluck genommen hatte, fühlte sie die Tasse mit dem Werten zurück. Zu nichts mehr wohl vergiftet. Der Mann trant nun und bemerkte, daß ein fremdartiger Brandbrenn in das Getränk gerathen war. Bei beiden Eheleuten trat Erbrechen ein, und es ergab sich, daß der Kaffee mit Schwefelsäure vermischt war. Das Gift kann nur in Abwesenheit des Mannes in die Kanne gegeben worden sein. In dem Zimmer, wo S. gefesselt hatte, sah sich der künftige Hausdiener Adolf Schneider um, während der zugewandten hat, daß er von dem in der Hauskammer gebrauchten Oelum einen Theil in der Kanne gemischt habe. Für die That kann er einen stichhaltigen Grund nicht angeben. Er will wohlgeheint sein und nicht wissen, was er that. Auch die Eheleute können sich die That des Hausdieners nicht erklären. Ein Nachforsch an der Gehörtheit des S. fachen Ehepaars ist nicht eintreten. Schneider ist verhaftet. Einem stilleren Prinzipal, von dem er am 15. October v. J. entlassen war, sagte er dadurch Schaden zu, daß er ein Faß Marisch Bier mit Fälschung und ein Faß Weißbier mit Zunder-Sulzer vermischt.

* (Kauere als Raubmörder.) Ein beherrschter Raubmörder in Konstantin, von dem es sich, daß er in seiner Verhaftung große Summen Geldes aufbewahrt, wurde von zwei Nachbarn überredet, mit ihnen auf die Jagd zu gehen. Man wollte ihn vom Hause weglocken, und die Frauen der beiden Nachbarn sollten dann in Männerkleidung und als Jäger verkleidet mit ihnen überfallen, die weibliche Frau ermorde und dann eine Abänderung werden. Der Mann genäh holte die Nachbarn am Abend an, erlosen Pläne zur Jagd ab, doch wurde sie nicht, daß inzwischen ein Hausler gefahrenbündiges Unterkommen im Hause gefunden hatte. Während der Nacht vernahm die Frau des Zimmer, in dem die Frau des Landwirths schlief, laute Hilferufe. Mit einem Revolver in der Hand stieg sie herab. In der Thür traten ihm zwei „Meyer“ entgegen, die er sofort durch wohlgezielte Schüsse tödtet niederstreckte. Auf dem Fußboden in dem Zimmer lag durchschütteltes Kette die Leiche der Hausfrau. Der Hausler rief sofort die Bewohner der Umgegend herbei, und dann stellte sich auf allgemeiner Ueberrückung heraus, daß die vermeintlichen Mörder die Frauen der beiden Nachbarn waren.

(Als dem Abgang.) 12. Januar. Zur Beachtung für Rathgeber und Kratzer möge folgendes Urtheil der Strafammer in Wiesbaden dienen, von welcher in dieser Woche der Riegelreiter Fried. Wilh. Nummel aus Döllnig stand. Derselbe hatte auf der Wiese von seinem Wohnort Geborn nach Wiesbaden in Gesehensmäßigkeit ein Landmann getroffen und mit diesem stark gezecht. Dem Mann genäh holte der Mann zu sehr in den Kopf gezecht, denn er hatte auf dem Wahnspinn den Stationsvorsteher, den Assistenten und einige andere Bahnbeamte durch Schimpfwörter in größter Weise beleidigt, den ersten thätlich angegriffen, den anderen in der Wuthung des Dientes sich widerlegt und die Wahnpolizei verurtheilt abzutreiben. Es wurden ihm 6 Monate Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe belegt, wozu noch die Tragung der Gerichtskosten kommt. — An der Seelischerin Landstraße wurde eine neue warme Quelle entdeckt, deren Wasser 35°, jedoch nicht alle Bestandtheile des Kochbrunnenswässers haben, sondern mehr dem Sulfatgebirge Wasser gleichen soll. Im Grund zu Zehnamberg, der richtig die Firma Fuchs und Wien in Soltau in der alten Wäldchenstraße von Stein eine Concessionsart.

(Der Preisrichterprüfung in der Bräubenbau-Concurrenz der Rheinbrücke Bonn—Buen) ist am Donnerstags gefällig. 16 Concurrenz sind eingegangen. Die Gutbefundungshilfe Oberhans erhielt den ersten Preis von 5000 Mk., die Essinger Bräubenbau den zweiten Preis von 6000 Mk., das Eisenwerk Hartfort-Soltau den dritten Preis von 4000 Mk. und Philipps-Damm-Frankfurt den vierten Preis von 3000 Mk.

Merseburger Correspondent.

Erscheint:
Freitag, Samstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.
Geschäftsstelle: Delgrabe Str. 5.
Telephonanruf Nr. 8.

Wöchentliche Beilage:
Illustriertes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung.
1 Mark 20 Pfg. durch den Bezugsräger.
1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

N. 9.

Sonntag den 13. Januar.

1895.

* * Der Bauerrott des Staatssozialismus.

Von den Reden, welche bei der ersten Beratung der Umwandlungsvorlage gehalten worden sind, ist diejenige des Hrn. v. Stumm von ganz besonderem Interesse. Nicht deshalb, weil der Redner zur Würdigung der Vorlage, welche den Reichstag beschäftigt, irgend bemerkenswerthes Material gebracht hätte. Im Gegenteil, Herr v. Stumm hat keinen Zweifel darüber bestehen lassen, daß er in sachlicher Hinsicht diese Ergänzungen des Strafgesetzes zur Bekämpfung des Umsturzes als ungenügend erachtet. Wenn er gleichwohl bereit ist, demselben zuzustimmen, so geschieht dies lediglich, weil er erwartet, daß nach diesen ersten, seiner Ansicht nach wirkungslosen Schritten andere kommen müssen, die seiner Auffassung mehr entsprechen. Herr v. Stumm hält auch alle bisher ergriffenen Mittel, den Einfluß der Sozialdemokratie auf die Arbeiterbevölkerung zu brechen, für falsch. Er ist überzeugt, daß alle Zugewandten, welche der Staat den Arbeitern macht, um sie mit den bestehenden Verhältnissen auszuwöhnen, wirkungslos sind. Der Staat oder das Reich hat sich bezüglich den Arbeitgebern schwere Pflichten auferlegt, aber das Ziel, der sozialdemokratischen Strömung Einhalt zu thun, hat er nicht erreicht. Das ist ein Kapitel für sich, welches nach Herrn v. Stumm Herr Dr. Barth mit besonderer Schärfe und Klarheit erörterte. Die sozialdemokratische Bewegung hat ihren Ausgangspunkt in dem Glauben an die Allmacht des Staates. Deshalb müssen die gesamten Arbeitsmittel in der Hand des Staates zusammengefaßt werden, damit dieser jedem einzelnen gewerblichen oder anderen Betrieb das zu geben im Stande, auf was er Anspruch zu machen berechtigt ist. In dem der bestehende Staat sich dieser Anforderung widersetzt, gleichwohl aber den Versuch macht, Staatssozialismus zu treiben, d. h. möglichst viel Machtmittel in seiner Hand zu vereinigen, und aus den Mitteln der Allgemeinheit den Hilfsbedürftigen — mögen das nun Arbeiter, Handwerker, Industriefelle und Grundbesitzer, ja selbst Großgrundbesitzer sein — Unterstützung zu gewähren, fördert er die utopistische Idee, daß der Staat allen helfen könne. In je weiteren Kreisen aber die Idee um sich greift, um so größer wird für diejenigen, deren Hoffnungen auf Staatshilfe gestützt worden sind, die Verachtung, das Hohn in der grundsätzlichen Umgestaltung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse zu suchen, mit andern Worten, sich der Sozialdemokratie anzuschließen, die allen Alles — verspricht. Hier ist der Punkt, wo sich die Auffassungen des Herrn v. Stumm und seiner Freunde auf der einen, diejenigen der Liberalen auf der anderen Seite scheiden. Die Liberalen halten eine Besserung der bestehenden Zustände und die innerliche Ueberwindung der Sozialdemokratie nur auf dem Wege für möglich, daß der Staat zu dem alten Grundgedanken des „Gleichen Rechts für Alle“ zurückkehrt und durch Wiederbelebung des Gedankens der Selbsthilfe den sozialistischen Ideen den Boden abgräbt. Anders Herr v. Stumm. Er ist nicht geneigt, auf die Staatsintervention zu Gunsten der notleidenden Agrarier und unzufriedenen Großindustriellen zu verzichten. Er mußte den Agrariern keinen Verzicht auf die Getreidezölle, die den Arbeitern die Ernährung erschweren, zu; er wünscht aber auch für seine Betriebe die Beibehaltung der Eisenzölle, die dem Landmann seinen Pflug und seine Sense und dem Handwerker die Art, den Meißel und die übrigen Werkzeuge verschonen. Er steht auf dem Standpunkt des heutzutage positiven und wenn die Arbeiter, durch die sozialdemokratischen Utopien aufgereizt, sich nun auch ihrerseits zur Staatskrippe herandrängen, so wünscht er weiter nicht mit ihnen zu verhandeln, sondern — falls ein Anlaß zum Dreinhalten nicht vorliegt — ihnen die staatspolizeilichen Rechte zu entziehen, mit Hilfe deren

sie auf den Staat und die Staatsleitung Einfluß gewinnen können. Und so formuliert er die lex Stumm in aller Kürze dahin: die Sozialdemokraten und Anarchisten können weder selbst wählen noch gewählt werden. Die Agitatoren werden ausgewiesen. Darüber hinaus ist jeder Arbeiter es sich selbst und dem Staat und — der Monarchie schuldig, seinen sozialdemokratischen Arbeiter zu beschäftigen. Herr v. Stumm bildet sich wahrscheinlich ein, daß in seinem Betriebe keine sozialdemokratischen Arbeiter thätig sind. Nur der Zuchtinsänger trägt ein Brandmal. Dem Arbeiter kann es Niemand ansehen, ob er Sozialdemokrat ist oder nicht und daran dürfte auch die Ausführung des Gesetzes Stumm scheitern, wenn einmal eine Reinkultur von politischen Fanatikern nach dem Vorbilde Stumms ein so wohlfühnendes Gesetz erlassen könnte. Ohne Zweifel giebt es — genug, die die Ansichten des Herrn v. Stumm in der Hauptsache theilen, obgleich sie nicht den Muth haben, die lex Stumm zu unterschreiben; sie halten es vorläufig mit der Gewalt. Aber daran ist vorläufig nicht mehr zu zweifeln, daß die Konservativen, die sich seit 1880 als bevorzugte Träger der allein wahren Sozialpolitik gebehrt haben, heute vor dem Abgrund stehen. Was man im Reichstag erlebt, ist der vollständige Bauerrott der geehrierten Sozialpolitik, die sich berufen sah, die Sozialdemokratie durch Anschälen des „berechtigten Kerns“ ihrer Forderungen zu überwinden. Heute will man eine Partei, der man durch eine falsche Politik bei den letzten Wahlen zu einer Stimmenzahl von 1786 000 verholpen hat, mit Gewaltmaßregeln vernichten. So sprechen Männer, die sich als die wahren Stützen von Staat und Monarchie auspielen.

Politische Uebersicht.

Österreich - Ungarn. Die ungarische Kabinettskrisis hat bereits zur dritten Combination geführt. Graf Khuen-Hebervary hat endlich die Kabinettsbildung abgelehnt, und darauf hatte der König Koloman Szell mit der Bildung des Kabinetts beauftragt. Dieser erbat

Fähne der Nationalität und der Autonomie hochzuhalten.

Rußland. Mit den Russifizierungsberichten scheint doch wieder fortgeföhren zu werden. Die „Pol. Itz.“ meldet aus Siga, die Regierung habe die Schließung des letzten deutschen Lehrerseminars auf der Insel Oesel angebroht, wenn dasselbe nicht russifiziert werde.

Frankreich. Das Ministerium hat am Donnerstag in der Deputirtenkammer ein Vertrauensvotum erlangt und damit eine Art Genehmigung für die dem Ministerpräsidenten nicht genehme Wiederwahl Brissons zum Kammerpräsidenten erhalten. Nach einer Anrede Brissons, in welcher er die Deputirten zur Einigkeit beiführt die Festigung des Ansehens von Frankreich aufforderte, war von Millerand (Soz.) die Haftentlassung des Deputirten Gerault-Richard beantragt worden, der bekanntlich vor seiner Wahl zum Deputirten wegen Beleidigung des Präsidenten von Frankreich zu Gefängnisstrafe verurtheilt wurde, und während er diese verbüßte, ein Deputirtenmandat erhielt. Ministerpräsident Dupuy sprach sich gegen die Haftentlassung aus als Verletzung der Gleichheit vor dem Gesetz und stellte die Vertrauensfrage, worauf der Antrag Millerands mit 309 gegen 218 Stimmen abgelehnt wurde. Weiterhin brachte Habert einen Antrag auf Amnestie für alle politischen Vergehen ein, der von dem Ministerpräsidenten Dupuy bekämpft wurde. Die von Habert beantragte Dringlichkeit wurde mit 345 gegen 167 Stimmen abgelehnt. Der Deputirte d' Hugus (Rechte) interpellirte die Regierung wegen der Wahlfälschungen in Toulouse. Justizminister Guérin erwiderte, es sei eine gerichtliche Untersuchung eröffnet worden; wenn Schuldige vorhanden wären, würden dieselben bestraft werden. Es wurde die von dem Minister beantragte einfache Tagesordnung mit 336 gegen 164 Stimmen genehmigt. — Im Senat wurde Chaffemel Lacour mit 169 von 179 Stimmen wieder zum Präsidenten gewählt. — Die über die Entlassung eines französischen Polizeigeneten durch Londoner Anarchisten verbreiteten Meldungen werden nach wie vor in Londoner amtlichen Kreisen angezweifelt und als Wiedergabe eines Londoner Zeitungsnachrichts bezeichnet, der bereits vor acht Tagen öffentlich worden war. — Nach einer Meldung d' Lamatabe haben die französischen Kreuzer d' die Landbatterien am 28. v. M. die Lamatabe gebenden Forts bombardirt und beträchtlichen Schaden angerichtet. Die Geschütze der Hovas erperten das Feuer, verurtheilten indessen keinen Schaden und wurden alsbald zum Schweigen geacht. Der Kreuzer „Primaguel“ ist am 29. Deez. gegangen, um Majunga zu besuchen.

Belgien. Der Abtretung des Kongorates an Belgien sollen nach einer offiziellen Erklärung der belgischen Regierung alle Unterzeichneten e Berliner Kongoaakte grundtätig zugestimmt sein. Auch die französische Regierung soll der Abtretung nicht feindlich sein, soll jedoch einen besonderen Vertrag verlangen, um die Wahrung des möglichen Vorruches an die afrikanischen Besungen für die Zukunft zu sichern.

Bulgarien. Fürst Ferdinand von Bulgarien hat am Donnerstag den alten Beschwörer anlow auf das Gnädigste empfangen. Janowhaupter, er sei niemals antipathisch geföhrt gewesen und äußerte seine besondere Ergebenheit gegen e nationale Dynastie. Fürst Ferdinand hieß ihn auf besonders willkommen.

Türkei. In der armenischen Frage hat e Pforte sich zu einer förmlichen Protesterklärung an die englische Regierung aufgestraft wegen enherungen Gladstone's zu einer armenischen entation; sie will bestimmte Erklärungen von Gladstone verlangen. Man wird in London wohl ar ein Lächeln für diese Rauberei haben.

Sudan. Im Sudan beginnt die Lage für



auf dem Wege des Fortschrittes zu verteidigen, die